



Bulgarien-Infobrief

Herausgegeben vom Deutsch-Bulgarischen Forum e.V., 17. Jahrgang, Nr. 4, Dezember 2013

Freier Zugang zum Arbeitsmarkt ab 2014

Am 1. Januar 2014 fallen für Bulgarien und Rumänien sieben Jahre nach ihrem Beitritt zur Europäischen Union (EU) die letzten Schranken zum Arbeitsmarkt in Deutschland. Ab dann genießen die bulgarischen Staatsangehörigen die vollständige Arbeitnehmer- und Dienstleistungsfreizügigkeit. Dies bedeutet, dass sie keine Arbeitsgenehmigung mehr brauchen, um in Deutschland legal arbeiten zu können. Auch eine Entsendung nach Deutschland ist dann ohne Beschränkungen für Tätigkeiten in allen Branchen möglich. Die Bedingungen zur Anmeldung einer Selbstständigkeit bleiben unverändert.

Das Thema ist brisant, da es in Deutschland und anderen EU-Ländern bereits verstärkt Befürchtungen gibt, dass ab dem 1. Januar 2014 massenhaft billige Arbeitskräfte aus dem Ostblock den Arbeitsmarkt überfluten. „Armutsinwanderung“ und „Sozialtourismus“ sind weitere Schlagwörter, die fremdenfeindliche Ängste und Populismus schüren.

Seit dem EU-Beitritt Bulgariens und Rumäniens zur EU steigt auch in Deutschland kontinuierlich der Zuzug aus diesen Ländern. Die Statistiken der Bundesagentur für Arbeit belegen, dass die Zahl der Arbeitsuchenden, Arbeitslosen und Hartz-IV-Empfänger aus Rumänien und Bulgarien binnen Jahresfrist um über 40 Prozent gestiegen ist. Die Zahl der Beschäftigten mit diesen Staatsangehörigkeiten in Deutschland legte im selben Zeitraum nur um 25 Prozent zu. Auf den ersten Blick erschrecken diese Zahlen. Ein Blick auf die absoluten Zahlen verändert jedoch das Bild: Das Plus der Beschäftigtenzahl fiel doppelt so hoch aus wie die Zahl von Arbeitsuchenden und Arbeitslosen. Im September 2013 waren 32.000 mehr beschäftigt als ein Jahr zuvor, es gab 15.000 Arbeitsuchende und Arbeitslose mehr.

Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) erwartet, dass die ohnehin gestiegene Zuwanderung aus Rumänien und Bulgarien mit der vollen Freizügigkeit ab Januar 2014 weiter zulegen wird. Nach einer Studie rechnet das IAB damit, dass sich 2014 unter dem Strich die Zahl der Rumänen und Bulgaren in Deutschland um 100.000 bis 180.000 erhöht. Eine Einwanderung in das deutsche Sozialsystem sei damit allerdings nicht automatisch verbun-



„Armutsmigration“, „Arbeitsstrich“, „Ekelquartiere“, „unhaltbare Zustände“ - dies beklagen viele deutsche Städte und fühlen sich von der Politik allein gelassen.

den. Die Zuwanderer aus Bulgarien und Rumänien sind nicht schlechter in den Arbeitsmarkt integriert als andere Ausländergruppen in Deutschland, stellten die IAB-Forscher fest. Die Arbeitslosenquote von Rumänen und Bulgaren in Deutschland lag Ende 2012 mit 9,6 Prozent zwar über dem Bevölkerungsdurchschnitt von 7,4 Prozent, aber deutlich unter dem Durchschnitt aller ausländischen Erwerbspersonen, von denen 16,4 Prozent arbeitslos waren. Auch beziehen weniger von ihnen Sozialleistungen: Von den Rumänen und Bulgaren in Deutschland waren 9,3 Prozent auf Hartz IV angewiesen, bei allen Ausländern waren dies 15,9 Prozent, im Durchschnitt der Bevölkerung in Deutschland 7,4 Prozent. Auch die Zahl der Kindergeldberechtigten war nach den IAB-Zahlen im Oktober 2012 mit 7,9 Prozent niedriger als im Durchschnitt sowohl aller Ausländer (15,3 Prozent) wie

auch der Bevölkerung (10,7). Die IAB-Forscher verwiesen darauf, dass vielfach der Verdacht geäußert werde, Rumänen und Bulgaren meldeten im großen Umfang Gewerbe an, um als Selbstständige Hartz IV zu bekommen. Tatsächlich sei zwar der Anteil der Selbstständigen unter den bulgarischen und rumänischen Hartz-IV-Beziehern mit 5,1 Prozent deutlich höher als im Durchschnitt (2,1 Prozent). Die Gesamtzahl sei mit 1500 Personen aber überschaubar. Bei der beruflichen Qualifikation der Zuwanderer aus Rumänien und Bulgarien klappt eine große Schere zwischen einem hohen Anteil Hochqualifizierter und einem zuletzt wachsenden Anteil Geringqualifizierter. Mit der Freizügigkeit könnten wieder mehr Qualifizierte kommen.

Mehr zum Thema auf Seite 2

Armutszuwanderung: Städte fordern Soforthilfe

In einem Brief an die Parteivorsitzenden von CDU, CSU und SPD haben 16 deutsche Städte finanzielle Soforthilfe zur Bewältigung der Armutszuwanderung aus Bulgarien und Rumänien gefordert. Die schwierige Situation der Städte müsse auf Bundesebene berücksichtigt werden, verlangten die Kommunen. Unterstützt werde die Initiative von Bochum, Delmenhorst, Dortmund, Duisburg, Gelsenkirchen, Hannover, Hamm, Herne, Hof, Köln, Mannheim, Mülheim/Ruhr, Münster, Nürnberg, Offenbach und Regensburg. „Wir sind das letzte Glied in der Kette und müssen uns um die Menschen vor Ort kümmern“, erklärte Kölns Oberbürgermeister Jürgen Roters (SPD). Das stelle die Kommunen vor erhebliche finanzielle Probleme. Sie erwarteten eine zügige Unterstützung.

Einsatz bulgarischer Polizisten in deutschen Städten

Bulgarische Polizisten haben ihre deutschen Kollegen in einigen deutschen Städten mit gestiegener vor allem Roma-Zuwanderung aus Südosteuropa und zugespitzten Sozialproblemen im Rahmen eines Modellprojekts unterstützt. Jeweils zwei Polizisten aus Bulgarien sind Ende Oktober Anfang November für zwei Wochen in Frankfurt am Main/Offenbach, sowie in Dortmund und Mannheim gemeinsam mit deutschen Beamten Streife gelaufen. Sie sollten vor allem Kriminalitätsstrukturen erkennen und Personen identifizieren, die international als Taschendiebe, Menschenhändler oder Räuber agieren. Der Einsatz der bulgarischen Teams unterstützte aber auch dabei, kulturelle und sprachliche Barrieren auf Seiten von bulgarischen Zuwanderern bei polizeilichen Maßnahmen leichter und nachhaltiger zu überbrücken. Ob Diebstähle, Schwarzfahren oder Körperverletzungen - mit der Migration sind auch Probleme verbunden. Mitunter sind die Zuwanderer selbst Opfer: als Mieter in Schrottimobi-



G. Nenov

lien oder zur Prostitution gezwungene Frauen. Konkret konnten durch die internationale Zusammenarbeit Personen - und Millieustrukturen beleuchtet werden, die verdeutlichen, wie einige Wenige die Lage und die Armut von Zuwanderern ausnutzen, um damit Geld zu verdienen. Von hohen Transportkosten beim Bustransfer, über horrenden Unterbringungskosten in „Matratzenlagern“ unter unwürdigen Zuständen, bis hin zu Wucherzinsen bei „Krediten“ und horrenden Forderungen bei der „Unterstützung“ von Behörden gängen reichen die Erkenntnisse. Viele Zuwanderer werden auf diese Weise in die Kriminalität gedrängt. Mit Blick auf den 1. Januar 2014 laufen daher bereits die Planungen für einen erneuten Einsatz bulgarischer Polizisten Anfang 2014 in Dortmund, Frankfurt am Main/Offenbach sowie diesmal auch in Duisburg, sagte Georgi Nenov, Polizeiat-taché der bulgarischen Botschaft in Berlin, auf dessen Initiative das Modellprojekt gestartet wurde.

Missbrauch von Sozialhilfe spaltet EU

Deutschland und Großbritannien haben beim EU-Innenministertreffen mehr Maßnahmen auf EU-Ebene gegen den Missbrauch von Sozialleistungen durch Zuwanderer etwa aus Rumänien und Bulgarien gefordert. Sonst werde man an Brüssel vorbei Lösungen finden. Die EU-Kommission sieht keinen Bedarf zum Handeln und weist den Staaten die Verantwortung zu. EU-Justizkommissarin Viviane Reding empfahl den Regierungen: „Macht Eure Hausaufgaben.“ Deutschland könne bei Missbrauch etwa Wiedereinreisesperren verhängen oder Menschen ausweisen. „Deutsche Urteile, die EU-Ausländern ohne Aufenthaltsrecht Ansprüche auf Hartz IV geben, basieren allein auf deutschem Recht und haben nichts mit EU-Recht zu tun.“ „Freizügigkeit ist ein Gemeingut und das steht nicht zur Debatte.“, so Reding. Großbritanniens Premierminister David Cameron kündigte ein neues Gesetz an, das die Rechte von EU-Einwanderern einschränken soll. Demnach bekämen Neuankömmlinge aus EU-Ländern in den ersten drei Monaten kein Arbeitslosengeld mehr. Eine entsprechende Diskussion über das Recht von EU-Ausländern auf Hartz-IV ist auch in Deutschland entbrannt. Das Bundessozialgericht hat ein erwartetes Grundsatzurteil ausgesetzt und will eine Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes abwarten.

n-ost REPORTAGE PREIS 2014



Mit dem n-ost-Reportagepreis zeichnet das Netzwerk für Osteuropa-Berichterstattung 2014 zum achten Mal Journalisten aus, die außergewöhnliche Geschichten aus Osteuropa erzählen – lebendig und ohne Klischees. Der n-ost-Reportagepreis wird in den drei Kategorien Text, Radio und Foto/Audioslideshow je ein Mal vergeben und ist mit jeweils 2.000 Euro dotiert.

Der Preis soll zu qualitativer Berichterstattung ermutigen, besonders gute Autoren auszeichnen und eine Debatte in Gang halten darüber, was „Osteuropa“ eigentlich ist und wie darüber berichtet wird. Einsendeschluss ist Freitag, 31. Januar 2014.

Bewerben können sich Redakteure, freie Journalisten, Fotografen, Volontäre, Schüler an Journalistenschulen oder Studierende fotografischer Fachrichtungen. Die eingereichten Reportagen müssen zwischen 01.01.2013 und 31.12.2013 veröffentlicht worden sein. Eine Liste der Länder für den n-ost-Reportagepreis finden Sie unter www.n-ost.org/reportagepreis. Möglich sind auch Beiträge aus anderen Regionen, die aber einen deutlichen Bezug zu Osteuropa aufweisen.

Weitere Informationen zu den Teilnahmebedingungen finden Sie unter www.n-ost.org/reportagepreis

Kontakt: Tamina Kutscher / Mia Kumric

Tel. +49-(0)30-2593283-0; reportagepreis@n-ost.org

Schengen-Beitritt wieder verschoben

Die Grenzen zu Rumänien und Bulgarien werden vorerst nicht vollständig geöffnet. Deutschland blockiert auf EU-Ebene weiter den geplanten Beitritt der beiden ehemaligen Ostblockstaaten zum Schengen-Raum ohne Grenzkontrollen. Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) bekräftigte beim Treffen der EU-Innenminister in Brüssel das deutsche Nein: „Nach unserer Auffassung ist der Zeitpunkt zum Wegfall der Grenzkontrollen für diese beiden Länder nicht gekommen.“ Deutschland kritisiert, dass Rumänien und Bulgarien Mängel beim Rechtsstaat aufweisen und zu wenig im Kampf gegen Korruption und organisierte Kriminalität tun. Die Aufnahme der beiden EU-Partner als Vollmitglieder des Schengen-Raums wurde schon mehrfach verschoben. Ein neues Datum für den geplanten Vollbeitritt gibt es nicht. Friedrich sagte: „Ich kann auch derzeit nicht abschätzen, wann der Zeitpunkt gekommen sein könnte.“ Im Januar werde die EU-Kommission neue Berichte über die Reformfortschritte beider Länder vorlegen - zuletzt hatte Brüssel erneut Mängel festgestellt. Da alle 28 EU-Staaten der Schengen-Aufnahme zustimmen müssen, kann ein einzelnes Land den Beitritt blockieren. Es gibt aber eine Reihe von Regierungen, die noch Bedenken haben. Bei dem Treffen der Minister war nur eine Beratung, aber keine Abstimmung vorgesehen.

Zum Schengen-Raum gehören inzwischen 26 Staaten: 22 EU-Länder sowie Norwegen, Island, die Schweiz und Liechtenstein.

Brüssel bemängelt bilaterale Verträge über South Stream

Mehrere EU-Staaten müssen nach Ansicht der EU-Kommission mit Russland neue Verträge über den Bau der South Stream Gaspipeline aushandeln. Eine Sprecherin der EU-Kommission sagte in Brüssel, die Verträge widersprüchen EU-Recht. Die knapp 2400 Kilometer lange Pipeline verläuft durch das Schwarze Meer über Bulgarien, Serbien, Ungarn und Slowenien nach Italien. Die Abkommen zwischen den Regierungen der EU-Transitländer und Russland verstießen gegen die EU-Verträge, sagte die Sprecherin. Die Kommission bemängelt, dass der russische Gaskonzern Gazprom sowohl das Gas liefert als auch die Pipeline betreiben soll. Zudem sei es nicht in Ordnung, dass diese Pipeline ausschließlich für russisches Gas benutzt werden dürfe. Auch andere Lieferanten müssten ihr Gas durch die Pipeline leiten dürfen. Auch sollten die Preise für die Benutzung der Pipeline nicht von Gazprom, sondern von einem unabhängigen Manager festgesetzt werden. „Wir haben den Regierungen geraten, diese Verträge neu auszuhandeln“, sagte die



Sprecherin. Es liege im Interesse aller Beteiligten und möglicher Geldgeber, rechtliche Klarheit zu haben.

In Russland, Bulgarien und Serbien hat der Bau bereits begonnen.

Die Kritik der EU werde eingehend untersucht, versicherte die bulgarische Europaabgeordnete der regierenden Sozialisten Iliana Jotova vor bulgarischen Medien.

„Sollten tatsächlich Ungereimtheiten festgestellt werden, sind wir bereit, diese gemeinsam zu bereinigen“, sagte die sozialistische Abgeordnete. Jotova räumte eine fehlende Analyse der Verträglichkeit des bulgarischen Gasvertrages mit Russland mit den EU-Gesetzen ein. „Dennoch sehe ich keinen Grund zur Sorge“, betonte Jotova.

Die Bauarbeiten für die Erdgasleitung South Stream auf bulgarischem Gebiet begannen Ende Oktober während eines Besuchs von

Gazprom-Chef Alexej Miller in Sofia. Die als russlandfreundlich geltende bulgarische Regierung hat stets bekräftigt, dass South Stream für sie oberste Priorität habe. Die Diversifizierung der Gaslieferungen

und der Transportwege sei für Bulgarien von erstrangiger Bedeutung, hatte Bulgariens Wirtschafts- und Energieminister Dragomir Stojnev im Vorfeld der Verhandlungen mit Gazprom immer wieder betont. In den kommenden 30 Jahren rechnet Stojnev aus diesem Projekt mit Einnahmen in Höhe von 2,8 Mrd. Euro für Bulgarien. Die Inbetriebnahme des ersten Pipeline-Strangs mit einer Kapazität von 15,5 Milliarden Kubikmeter Gas ist für Ende 2015 geplant. Die ersten Lieferungen sollen im ersten Quartal 2016 beginnen. Insgesamt sollen vier Stränge gebaut werden. Die Vollauslastung (63 Milliarden Kubikmeter pro Jahr) soll 2018 erreicht werden.

Sofia plant neuen Meiler

Bulgarien will sein Atomkraftwerk Kosloduj erweitern. Die staatliche Energieholding (BEH) und das US-Unternehmen Westinghouse unterzeichneten in Sofia ein entsprechendes Abkommen. Es regelt die Vorbereitung des Baus eines neuen, dritten Meilers in dem Kernkraftwerk sowjetischer Bauart bei Kosloduj an der Donau. Die Bauarbeiten sollen 2016 beginnen. Die Regierung in Sofia hatte erst kurz davor entschieden, mit dem japanischen Unternehmen Toshiba über dessen Einstieg als strategischer Investor in das Projekt für den neuen Kosloduj-Reaktor zu verhandeln. Zurzeit sind in dem aufgerüsteten Atomkraftwerk aus kommunistischer Zeit nur noch zwei 1000-Megawatt-Blöcke in Betrieb. Die vier ältesten 440-Megawatt-Reaktoren waren als Voraussetzung für den EU-Beitritt des Balkanlandes 2007 abgeschaltet worden. Die neue sozialistisch dominierte Regierung in Sofia prüft außerdem, ob es sich finanziell lohnt, ein Projekt mit Russland für ein neues Atomkraftwerk bei Belene doch noch umzusetzen. Es war von der alten konservativen Regierung aus Kostengründen abgesagt worden.

20 % Steuer auf Solar- und Windstrom in Bulgarien

Das Bulgarische Parlament hat einer Steuer in Höhe von 20 % auf die Produktion von Strom aus Photovoltaik- und Windenergieanlagen zugestimmt, kombiniert mit einer Begrenzung der Betriebsstunden. Dies berichtet der Solarserver.

Eingebracht wurde der Vorschlag von der nationalistischen Partei Ataka. Insgesamt erwartet der bulgarische Photovoltaik-Verband (BPVA), dass dies die finanziellen Erträge der Betreiber von Photovoltaik-Anlagen um 43 % senkt. BPVA hat die Europäische Kommission um Hilfe gebeten und außerdem Parlamentsmitglieder anderer Parteien aufgerufen, die Angelegenheit vor das Verfassungsgericht zu tragen.

Nach der Einführung eines Solarstrom-Einspeisetarifs im Jahr 2011 wurden in Bulgarien im Jahr 2012 rund 767 Megawatt Photovoltaik-Leistung installiert. Das sorgte für einen größeren Solarstrom-Anteil im Land als in Spanien. Doch dies wurde 2013 durch rückwirkende Maßnahmen gebremst. Obwohl



Bulgarien die niedrigsten Strompreise in Europa hat, gab es im Februar 2013 Proteste gegen den Preisanstieg, und das Parlament hat mehrmals reagiert, um die Strompreise für Haushaltskunden zu senken.

Die Stromversorgung ist wegen der niedrigen Löhne und hohen Arbeitslosigkeit ein wachsendes politisches Thema in Bulgarien.

Buchtipp



Helmut Matt

Bulgarische Impressionen

Abenteuerliche Reise durch ein unbekanntes Land

Wiesenburg Verlag

ca. 150 Seiten, 250g, Paperback

ISBN-Nr.978-3-95632-114-6

11/2013

Preis: 19,90 €

Bulgarien 2013: Es war eine Reise voller Überraschungen und ungeplanter Ereignisse. Das Buch ist kein praktischer Reiseführer, sondern eine gleichermaßen humorvolle wie emotionale Schilderung von Eindrücken und Erlebnissen in einem Land, das in Prospekten deutscher Reiseunternehmen allenfalls als preisgünstiges Badeparadies Erwähnung findet. Lebendig erzählt und mit zahlreichen Farbfotos illustriert zeichnet Helmut Matt ein dreidimensionales Bild eines Landes, das den teilweise schmerzhaften Prozess der Transformation von einer realsozialistischen Autokratie hin zu einem demokratischen Bestandteil der Europäischen Union offensichtlich noch immer nicht ganz abgeschlossen hat. In täglichen Regierungsprotesten äußern die Menschen ihren Unmut über die Armut im Land und die noch immer vorhandene Korruption in Regierung und Verwaltung. Die Begegnung mit dem oft rauen Alltag der Bulgaren steht im krassem Kontrast zu der großartigen Natur, der beeindruckenden Kultur und der bewegten Vergangenheit des Landes. Mit farbenreichen Bildern und Geschichten, Legenden und historischen Rückblicken nimmt der Autor seine Leser mit auf eine faszinierende Zeitreise und beschreibt zugleich die Schönheit der Natur, den Reichtum an kulturellen Schätzen und die Poesie eines Volkes, dass bei aller Unzulänglichkeit des Alltags den Stolz auf die Herkunft und die Hoffnung auf eine bessere Zukunft nicht verloren hat.

Helmut Matt

geboren 1960 in Schiltach im Schwarzwald. Magister für Germanistik, Philosophie und Geschichte. Informatiker, freier Schriftsteller. Publikationen, Aufsätze, Reiseberichte für internationale Radiostationen, Zeitschriften und die Onlinezeitung „China heute“. Mehrfache Prämierungen und Sonderpreise, darunter CRI Beijing, Polski Radio, Radio Prag, TRT Ankara, Radio Bulgarien und Radio Rumänien International.

Das Deutsch-Bulgarische Forum mit neuer Anschrift



Liebe Mitglieder und Freunde,

die Alcatel-Lucent Deutschland AG, in deren Räumlichkeiten das Deutsch-Bulgarische Forum bislang sein Büro hatte, schließt ihren Standort in Berlin zum Ende des Jahres.

Unsere Arbeit geht weiter ab sofort unter folgender Anschrift:

Deutsch-Bulgarisches Forum e. V.

Postfach 080529,

10005 Berlin

Sie können uns weiterhin auch per E-Mail kontaktieren:

dbfberlin@aol.com. Telefonisch erreichbar sind wir unter:

030/227 75879 oder 030/227 73271.

Lassen Sie uns auch Freunde bei Facebook werden:

[https://www.facebook.com/pages/Deutsch-Bulgarisches-](https://www.facebook.com/pages/Deutsch-Bulgarisches-Forum/113029925378961)

[Forum/113029925378961](https://www.facebook.com/pages/Deutsch-Bulgarisches-Forum/113029925378961)

Für alle, die uns finanziell unterstützen möchten, hier unsere Bankverbindung:

Sparkasse KölnBonn

BLZ 370 501 98

KoNr.: 119015857

Wir freuen uns auf die weitere gute Zusammenarbeit mit Ihnen!

Frohe Weihnachten

und einen guten Rutsch!

Das Deutsch-Bulgarische Forum bedankt sich ganz herzlich bei allen Mitgliedern und Freunden für die treue Unterstützung im Jahr 2013! Wir wünschen allen ein besinnliches Weihnachtsfest und ein glückliches Neues Jahr!



Deutsch-Bulgarisches Forum e.V., Internet: <http://www.deutsch-bulgarisches-forum.de>,

E-Mail: dbfberlin@aol.com, Redaktion: Dr. Peter Fäßler, Diana Karasch